



✉ info.rundertisch@gmail.com

📄 Vereins-Vorstand

Ferdinand-Avenarius-Str. 5  
01277 Dresden

## Vorschlag für die Wahlprogramme der Parteien für die Bundestagswahl 2025

### **„Herstellung der sozialen Einheit für die DDR-Rentner“**

Das gesamtdeutsche Rentensystem missachtet bis heute die volle Anerkennung der Arbeits- und Lebensleistung von ca. 500.000 ehemaligen DDR-Bürgern. Noch immer, 34 Jahre nach der Wiedervereinigung, werden bei ihnen, entgegen dem Einigungsvertrag, gesetzliche Renten- und Zusatzversorgungsansprüche, die in der DDR erworben wurden, nicht anerkannt. Das betrifft insbesondere Angehörige folgender Berufs- und Personengruppen:

- Gruppe Naturwissenschaftler „Technische Intelligenz“
- Gruppe Deutsche Reichsbahn
- Gruppe Bergleute der Braunkohleveredlung
- Gruppe Leistungssportler
- Gruppe Freischaffende Bildende Künstler
- Gruppe Balletttänzerinnen/Balletttänzer
- Gruppe Gesundheit- und Sozialwesen
- Gruppe Deutsche Post
- Gruppe der in der DDR geschiedenen Frauen
- Rentnerinnen und Rentner aus anderen Zusatz- und Sonderversorgungssystemen der DDR, deren Rentenansprüche ebenfalls nicht vollständig in das bundesdeutsche Rentenrecht übernommen wurden.

Mit dem „Rentenüberleitungsabschlussgesetz“ von 2017 wurde, entgegen früheren Wahlversprechen, lediglich ein Fahrplan für die Angleichung der „Rentenpunktwerte“ bis 2024 festgeschrieben. Gleichzeitig wurde entschieden, dass mit der „Angleichung“ die Umwertung der viel niedrigeren Löhne in den NBL nach der Wiedervereinigung wegfällt. Damit werden auch künftige Rentnergenerationen Ost benachteiligt.

**Von der Beseitigung noch bestehender Rentenungerechtigkeiten war plötzlich keine Rede mehr.**

Auch der 2022 beschlossene Härtefallfonds (HFF) hatte, entgegen Erklärungen der Bundesregierung, mit der Beseitigung von Rentenungerechtigkeiten bei den genannten Berufs- und Personengruppen nichts gemein.

**Deshalb muss durch die künftige Bundesregierung schnellstens eine politische Regelung für einen Gerechtigkeitsfonds auf den Weg gebracht werden, aus dem den seit vielen Jahren benachteiligten DDR-Rentnern eine angemessene Entschädigung für die durch den Bund widerrechtlich nicht gewährten Renten- und Zusatzversorgungsleistungen gezahlt wird.**

Dietmar Polster

Dr. Klaus-Dieter Weißenborn

Vorsitzende